

Drive-In - aber nur außerhalb des Stadtkerns

In wenigen Monaten beginnt die neue Radsaison - aber wie es in der Telegrafienstraße weitergehen soll, ist offen.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN In spätestens vier Monaten wird die Radsaison eröffnet: Dann bevölkern wieder unzählige junge und ältere Radler den Panorama-Radweg „Balkantrasse“ und werden auch durch die Wermelskirchener Innenstadt fahren. Doch wie geht es in der Telegrafienstraße weiter? Werden die Wermelskirchener den gegenläufigen Radverkehr im zweiten Jahr akzeptieren? Oder wird es noch vor April eine neue Entscheidung geben?

Klare Auskünfte in der Stadtverwaltung über die Zukunftspläne gibt es nicht. Wirtschaftsförderer Florian Lesske: „Wir werden, wie von der Politik gefordert, für die nächste Fachausschuss-Sitzung (18. Februar) Vorschläge vorlegen.“ Details wollte er nicht nennen. Auch Bürgermeister Eric Weik hält sich bedeckt. Tenor aber ist: Es soll einen markierten Radfahrstreifen geben und Ladezonen. Ob die Mehrheit da mitspielt, ist derzeit ungewiss.

Klar gegen Ladezonen spricht sich Rainer Eickhorn („Daum & Eickhorn“) aus. „Außerhalb des Stadtgebietes unterstützt die Stadtverwaltung einen Drive-In, hier ist Kurzparken nicht mehr möglich.“



„Wenn Ladezonen eingerichtet werden, bleiben die Kunden weg.“

Rainer Eickhorn
Metzgerei-Chef

Er warnt vor einem Stillstand auf dieser wichtigen Einkaufsstraße. „Wir bewegen uns in eine falsche Richtung“, befürchtet Eickhorn. Er habe nichts gegen Radfahrer, aber eine kleine Gruppe könne viel kaputt machen. Er meint jene mit „Tunnelblick“, die im Gegenverkehr durch die Telegrafienstraße rasten. „Auch die müssen sich am Tempo 20 halten.“

Er fordert, den Status quo beizubehalten. „Auf beiden Einfahrten



„Das Miteinander auf der Telegrafienstraße funktioniert so nicht.“

Henning Rehse
WNKUWG

zur Telegrafienstraße muss ein großes Hinweisschild stehen, um Radfahrer und Autofahrer auf die Situation hinzuweisen“, so Eickhorn. Außerdem fordert er auch für Radler Tempoüberwachung.

Kommen Radstreifen und Ladezone, würden Kunden wegbleiben. „Das halten wir nicht lange durch“, spricht er für die Händler. Er versteht nicht, warum Radler nicht über die Kölner Straße Richtung Osten fahren können. Und: „Es muss

ein stärkeres Miteinander geben.“ Der Umgang, der derzeit gepflegt werde, sei nicht gut. So könne er sich auch vorstellen, dass Politessen eingesetzt würden, um Autofahrern – ohne gleich Knöllchen zu verteilen – über die Parksituation aufzuklären.

Ganz anders empfindet Anlieger Horst Klein die Situation. Der Durchgangsverkehr belaste, und geparkt werde überall. Egal ob die Diakoniefahrzeuge, Besucher von Nachtschaltern („oft mit laufendem Motor“) oder Imbiss-Buden. „Das Parken auf Bürgersteigen ist doch längst selbstverständlich geworden.“ Er unterstützt den SPD-Vorschlag, ab der Sparkasse die Telegrafienstraße für die Durchgangsverkehr (Ausnahme: Busse) zu sperren. Auch die Motorräder müssten raus aus der Innenstadt.

Die WNKUWG fordert jetzt vor Beginn der Radsaison von der Stadt, dass sie ein ganzheitliches Konzept für die ausgeschilderte Führung des Radverkehrs erarbeitet und vorlegt. Es müsse den Belangen aller Verkehrsteilnehmer wie auch der Verkehrssicherheit Rechnung tragen und mit der Bezirksregierung abgestimmt werden. Die derzeitige Regelung entspreche diesen Maßstäben nicht, so die Fraktion.



Sicher eine gefährliche Stelle im Begegnungsverkehr mit einem Linienbus: Die Einfahrt vom Brückenweg in die Telegrafienstraße. ARCHIVFOTO: HERTGEN

Gemeinsam was auf die Bühne stellen

WNA
14.01.

NEUJAHRSEMPFANG Für
H. Rehse fehlt da was.

„Der schöne Neujahrsempfang der Jungen Union wie auch der tolle und stimmungsvolle WiW-Neujahrstreff und die im Verlauf beider Veranstaltungen geführten Gespräche“ haben beim Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse (WNK UWG) den Eindruck verfestigt, „dass in unserer Stadt seit Wegfall des städtischen Neujahrsempfangs etwas fehlt“.

Er regt an, darüber nachzudenken, ob ab 2014 gesellschaftlichen Gruppen der Stadt – Kultur, Sport, Soziales, WiW oder Politik usw. – gemeinsam einen Neujahrs-Bürgerempfang ausrichten, eine Veranstaltung, „bei der sich Repräsentanten des gesellschaftlichen Lebens, Ehrenamtler, Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, Vereine und Initiativen usw. treffen und austauschen können“.

Organisation und Finanzierung sollten auf die Gruppen verteilt werden, die bereit und in der Lage sind. Art und Ablauf könnten sich an früheren Neujahrsempfängen orientieren; „man muss hier das Rad nicht neu erfinden.“ Rehse regt an, die Schirmherrschaft dieser Veranstaltung den Ehrenbürgern Heinz Voetmann und Manfred Maus anzutragen. *s.n.*

Haushaltsplan später verabschieden

Die Grünen, Bürgerforum, FDP und WNK UWG wollen den Haushaltsplan 2013 erst in der Mai-Sitzung des Stadtrats verabschieden bzw. erst dann, wenn „belastbare Zahlen“ vorliegen. Dies insbesondere mit Blick auf Projekte wie Sekundarschule, Umzug der Real- und Grundschule Ost aus PCB-belasteten Räumlichkeiten, Brandschutz / Bau einer neuen Feuerwache sowie Sanierung der Rathausfassade. *red WNA 10.01.*

WNK UWG ZUM THEMA RADWEG

Aktuell trage Situation Sicherheit nicht Rechnung

WNA
10.01.

Die WNK-UWG-Ratsfraktion erwartet, dass „rechtzeitig vor Beginn“ der neuen Radsaison 2013 „ein mit der Bezirksregierung abgestimmtes Konzept für die Führung der Balkantrasse durch die Innenstadt erarbeitet wird, das den Belangen aller Verkehrsteilnehmer“ wie der Sicherheit Rechnung trägt. Das tue das die derzeitige Regelung nicht. Es gebe „Gefahrensituationen in der ganzen Innenstadt“ bei der Begegnung Auto – Rad, Rad – Rad sowie Rad – Fußgänger. Nach Ansicht des Autofahrers Henning

Rehse funktioniere „das Miteinander der Verkehrsteilnehmer auf der Telegrafienstraße so nicht“. Die Verwaltung solle ein ganzheitliches Konzept für die ausgeschilderte Führung des Radverkehrs erarbeiten, bei dem der Radverkehr in Ost-West-Richtung durch die Telegrafienstraße geführt wird, der Radverkehr in West-Ost-Richtung über Kölner Straße und Markt. Die Gesamtbetrachtung sollte Berliner-, Thomas-Mann- und Pfarrstraße, Lidl-Parkplatz und Sperrungen zu Festen mit einbeziehen. *s.n.*

Anfrage zum Obdachlosenhaus

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Untätigkeit der Stadtverwaltung im Kontakt zum Freilichtmuseum Lindlar greift jetzt Henning Rehse (WNKUWG) auf. Er macht Druck und will Antworten vom Bürgermeister zur Berichterstattung der Bergischen Morgenpost über das städtische Gebäude Taubengasse/Ecke Berliner Straße haben. „Stimmt es, dass seit zwei Monaten der Leiter des Freilichtmuseums Lindlar keine Antwort von der Stadtverwaltung bekommen hat?“

Lindlar zeigt Interesse an dem abbruchreifen Gebäude, immerhin war dort früher einmal eine Bandweberei untergebracht. Dieses Interesse hatte der Museumsleiter signalisiert. „Wieso hat die Verwaltung kein Interesse daran, die von ihr selbst mit bis zu 30.000 Euro bezifferten Abrisskosten durch einen Umzug des Hauses nach Lindlar unter mitwirkung ehrenamtlicher Kräfte einzusparen?“ Bei einem Abriss würden die Kosten sowie anfallen oder als Wertminderung angerechnet.

Rehse will vom Bürgermeister auch wissen, wie die Verwaltung mit der Idee des Freilichtmuseums weiter umgehen will. „Oder besteht bei der Verwaltung die Befürchtung, dass bei Entfernung des Gebäudes plötzlich diese freie Fläche sich als Parkplatz entwickeln könnte, dessen Notwendigkeit an dieser Stelle die Stadtverwaltung hartnäckig bestreitet?“

Im Rathaus gab es gestern zu dieser Anfrage keine Antwort. Sie müsse erst bearbeitet werden, dann kämen alle Fraktionen und der Antragsteller eine Antwort. Die Öffentlichkeit steht damit außen vor.

rga.Heute

Museum Lindlar hätte Interesse

Der Wermelskirchener Claus Füllhase, der seit der „Verpflanzung“ des Kiosks vom Markt ins Freilichtmuseum Lindlar mit diesem Museum in Kontakt steht, berichtet schon seit Monaten, dass Lindlar Interesse am Haus Berliner Str. 17 a



hätte – weil es sich um ein altes Fachwerkhaus handelt, in dem es früher einen Bandstuhl gab (Foto: Roland Keusch). Fraktionsvorsitzender Henning Rehse (WNK) richtet dazu eine Anfrage

an die Stadtverwaltung: Stimmt es, dass seit zwei Monaten der Leiter des Freilichtmuseums Lindlar in der Sache keine Antwort von der Stadt bekommen hat? Weshalb hat die Verwaltung kein Interesse daran, die von ihr selbst mit 20.000-30.000 Euro bezifferten Abrisskosten durch einen „Umzug“ des Hauses nach Lindlar unter Mitwirkung ehrenamtlicher Kräfte einzusparen, da ansonsten unabhängig von der weiteren Verwendung des Grundstücks die Abrisskosten ohnehin als real entstehende Kosten anfallen oder als Wertminderung auf den Verkaufspreis angerechnet werden? Wie gedenkt die Verwaltung, mit der Idee des Freilichtmuseums weiter umzugehen? Besteht die Befürchtung, dass nach Entfernung des Gebäudes sich die Fläche durch die normative Kraft des Faktischen zu einem Parkplatz entwickeln könnte, dessen Notwendigkeit an dieser Stelle die Verwaltung hartnäckig bestreitet? s.n.